

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortlich: Nachrichten Dresden
Bismarckstr.-Gemeinschaft: 80 841
Für die Redaktion: Nr. 2011
Schulzeitung u. Hauptlehrer:
Dresden - K. L. Kienitzstr. 21/22

Bezugspreis bei monatlicher Bestellung monatlich 3,20 RM. (einmalig 70 Pf. für Krüge-
lein), durch Werbung 2,50 RM. einschließlich 66 Pf. Beleggebühr (ohne Postzuschlag) bei 7 mal
wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pf., außer bei Großbest. 15 Pf. Anzeigenpreis: Die
einzelne Zeile 20 mal beste Stelle 15 Pf., für auswärts 40 Pf., die 20 mal beste Stelle 100 Pf.,
außerhalb 150 Pf. abh. Anzeigenpreis 11. Tarif, Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt
15 Pf., außerhalb 25 Pf. Chiffrenpreis 20 Pf. Wochensatz 1,50 RM. Wochensatz 1,50 RM.

Druck u. Verlag: Dietrich & Reichardt,
Dresden, Wohlseh-Str. 1055 Dresden
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung
(Dresden, Red.) möglich. Unerwünschte
Schlitzbriefe werden nicht aufbewahrt

Die nächsten Absichten der Reichsregierung

Wirtschaftsprogramm - Sicherung der Rechtslage

Der Weg der Verfassung

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 15. August. Das Reichskabinett hielt am Montagmorgen eine Sitzung ab, in der vorwiegend die durch das Scheitern der Verhandlungen mit der Nationalsozialistischen Partei geschaffene innerpolitische Lage besprochen wurde. Ueber diese Beratung, die einen ganz internen Charakter trug, wurde von den amtlichen Stellen keine Mitteilung gemacht.

Die monarchistische gehegte Annahme, daß das Reichskabinett bis zum Beginn des Reichstagsaufkommens keine weiteren Schritte zu einer anderen Gestaltung der innerpolitischen Lage unternimmt, könnte einige Wahrscheinlichkeit für sich haben, da ja schon vor den ergebnislosen Verhandlungen mit Adolf Hitler die Zahl der vorhandenen Möglichkeiten als sehr gering bezeichnet werden mußte. Es bleibt jedoch abzuwarten, ob das Kabinett aus der Stellung, in der es sich befindet, erst nach eventuellen Rückschlüssen des Reichstages Konsequenzen zieht, oder ob es bereits zuvor, was man aber allgemein nicht glaubt, zu Maßnahmen schreitet, die eine innerpolitische Klärung nach der einen oder anderen Seite bedeuten würden.

12 Millionen Reichsmark Mittel vorsteht, um 400 000 Tonnen Schiffsraum abzurufen, wodurch einige tausend Arbeiter beschäftigt werden können, spielt hierbei eine Rolle. Im Zusammenhang damit stehen Reformbestrebungen in der Sozialversicherung mit dem Ziele, Erparnisse zu erreichen, sowie die Pläne, der Handhabung der Verbindlichkeitsklärung eine größere Elastizität zu geben und eine Lockerung der Tarifpolitik unter Aufrechterhaltung der gesetzlichen Bestimmungen zu erzielen. Es wird angenommen, daß die Beratungen des Kabinetts über diese Dinge noch einige Tage erforderlich werden, ehe endgültige Beschlüsse gefaßt werden können. Für die Inangriffnahme dieses Wirtschaftsprogramms kommt es für die Reichsregierung in erster Linie darauf an, zu den Mitteln, die im Reichsstat für Arbeitsbeschaffung und Siedlung und dergleichen vorgeesehen sind zusätzliche Mittel zu erhalten.

Es heißt, daß die Reformvorläufe insgesamt eine Summe von etwa 200 Millionen Reichsmark erfordern. Ob diese Summe erreicht oder gegebenenfalls noch überschritten wird, hängt natürlich davon ab, inwieweit die Reformentwürfe zur Beschaffung innerhalb des Kabinetts gelangen.

Was nach dem Reichstagsaufkommen werden wird, liegt heute im Dunkeln. Sicher ist nur, daß die Reichsregierung unter allen Umständen dafür sorgen wird, daß die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrechterhalten wird. Dazu gehört auch die Sicherung des Rechtszustandes, wie er durch die geltenden Gesetze und Verordnungen gegeben ist. Bekanntlich sind bereits Anträge angehängt, die auf eine Aufhebung der Notverordnungen abzielen. In politischen Kreisen wird als sicher angenommen, daß die Bemühungen der Reichsregierung in den nächsten Wochen auch dieser wesentlichen Frage gelten werden. Ob die Entschließung schließlich zur Auflösung des gegenwärtigen Reichstages und zur Einberufung einer Nationalversammlung führen wird, wie ein Berliner Abendblatt es andeutet, ist schwer zu beurteilen in einem Augenblick, in dem die Beratungen der Reichsregierung erst beginnen.

Die am Sonnabend eingetretene Konfliktlösung in der Regierungsfrage gibt den Politikern und Staatsrechtlern Gelegenheit, ihren Spürsinn auf der Suche nach Auswegen aus der Sackgasse zu zeigen, in der sich die deutsche Innenpolitik verirrt hat. Man hört die abenteuerlichsten Absichten und Pläne, unter denen der Vorschlag der Wahl einer Nationalversammlung nach vorher dekretiertem Wahlrecht sich immer noch auf dem Boden der Realpolitik bewegt, während andere darauf hinauslaufen, die Verfassungsbestimmungen so auszulegen oder umzubiegen, daß die Präsidialregierung Papen auch einem widerpenflichen Reichstag gegenüber im Amte bleiben könnte. Das ihr nach dem letzten Lauf der Dinge ein Misstrauensvotum im Reichstag sicher ist, daran wagen selbst die kühnsten Regierungsoptimisten nicht zu zweifeln. Selbst wenn sich das Zentrum und die Sozialdemokratie bereit finden würden, nach berühmten Mustern Papen als das „kleinere Übel“ gegenüber Hitler zu wählen, würde schon die unbefugte Opposition der 230 Nationalsozialisten und 80 Kommunisten zum Sturz der Regierung genügen. Diese Tatsache befreit die Parteien der Mitte und der Linken aus der Verlegenheit, eine Tolerierung Papens überhaupt in Erwägung ziehen zu müssen.

Nichtsozialistischer, meinen einzelne Verfassungsjuristen, gäbe es Mittel und Wege, um das unvermeidliche Misstrauensvotum zu verhindern oder es unwirksam zu machen. Zur Verhinderung könnte nach dieser Theorie der Reichspräsident die Beratung eines Antrags im Reichstag „wegen drohender erheblicher Störung der öffentlichen Sicherheit“ unterbinden, indem er mit Artikel 48 in die Geschicksbahn des Reichstages eingreift. Praktisch läuft dieser Vorschlag darauf hinaus, den Reichstag künstlich beschlussunfähig zu machen, etwa durch Einführung einer Bestimmung, daß bei der Beratung über Misstrauensanträge der Reichskanzler oder sein Vertreter zugegen sein muß, und daß die Regierung diese Voraussetzung eben nicht erfüllt. So ungläubig das klingt, diese Anregung ist von einem „besonderen Sachkenner“ gegeben worden. Noch weiter geht die von einem Staatsrechtler vertretene These, daß die Regierung selbst nach einem ausdrücklichen Misstrauensbeschluss nicht zurückzutreten brauche, wenn das Misstrauen verschiedener Parteigruppierungen entspringt und eine Neubildung der Regierung auf parlamentarischer Basis nicht möglich ist. Abgesehen davon, daß auch diese Ansicht rechtlich nicht haltbar ist, würde ihre Voraussetzung, nämlich die Behauptung der Unmöglichkeit einer parlamentarischen Regierungsbildung, erst durch das Scheitern eines derartigen Versuches erwiesen werden.

Es ist nicht anzunehmen, daß Papen und seine Mitarbeiter auf so gefährliche Ratschläge hören und derart waghalsige Experimente mit der Verfassung riskieren werden. Die Folge wäre, abgesehen von einer Flut von Klagen beim Staatsgerichtshof, eine Verhäufung des Konflikts mit der nationalsozialistischen Bewegung, die ihrerseits den legalen Weg zur Macht eingeschlagen hat und sich mit aller Energie gegen den Versuch wehren würde, sie nun mit illegalen Mitteln von der Macht fernzuhalten. Das der Regierung Papen und der NSDAP. gemeinsame nationale Interesse gebietet umgekehrt die Suche nach verfassungsmäßigen Wegen, auf denen der Konflikt nicht ausgepißt, sondern ausgeglichen wird. So gesehen, gibt es einem Misstrauensvotum gegenüber, das nur durch vorherige Einigung in den nächsten vierzehn Tagen verhindert werden kann, bloß zwei Möglichkeiten: entweder die Reichstagsauflösung oder den Rücktritt der Regierung. Die Auflösung würde keine Verion wieder in Reichspräsidenten ausgeben und würde seine Verion wieder in den Brennpunkt des politischen Kampfes ziehen. Die Zeit bis zum November wäre mit einem neuen hitzigen Wahlkampf ausgefüllt, der sich, ähnlich wie im Frühjahr, um die Frage Hindenburg oder Hitler drehen würde. Statt eines rettenden Bündnisses dieser größten nationalen Machtfaktoren in Deutschland hätten wir wieder den selbstzerstörerischen Kampf! Und das gestärkte Weimarer System wäre der lauchende Dritte. Eine solche Entwicklung kann kein national denkender Deutscher wünschen. Ihre Verhinderung ist der Antreibung aller Kräfte wert. Auch im Hinblick auf das wahrscheinliche Ergebnis. Denn nach allgemeiner Ueberzeugung ist nicht zu erwarten, daß Neuwahlen, ganz gleich, ob sie einem neuen Reichstag oder einer Nationalversammlung gelten, die Regierungslage zugunsten der Auffassung des Reichspräsidenten verbessern würden. Eher könnte das Gegenteil, eine Verschärfung zugunsten Hitlers, eintreten, der den Wahlkampf mit größerer Bemühungsfreiheit und neuen Parolen führen würde. Dann ständen wir im November vor derselben Frage wie heute. Ein ungeheurer Aufwand wäre nutzlos verthan.

Küßlichreicher, wenn auch nicht verlockend für den nationalen Gedanken, sind die anderen Möglichkeiten, die sich an den Rücktritt der Regierung Papen nach einem Misstrauensvotum anknüpfen würden. Der Reichspräsident könnte dann nochmals den Versuch mit einer Präsidialregierung machen, dessen Gelingen wieder von der vorläufig geschlossenen Einigung mit Hitler abhängig wäre.

Einen entscheidenden Einfluss auf die Gestaltung der politischen Dinge dürfte naturgemäß auch das Wirtschaft- und Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung haben, das in der heutigen Kabinettsitzung bereits Gegenstand der Beratungen war.

Wirding sind die Ressortberatungen noch nicht völlig zum Abschluss gelangt, so daß sich jetzt noch nicht erkennen läßt, wann dieses Programm und in welchem Ausmaß es zur Veröffentlichung gelangen wird. Von den zuständigen Ressorts, dem Reichsarbeitsministerium, dem Reichsernährungsministerium, dem Reichsverkehrs- und dem Reichspostministerium, sind eine Reihe von Entwürfen zur Beschaffung dem Kabinett unterbreitet worden, die im wesentlichen einmal eine Erweiterung der im freiwilligen Arbeitsdienst beschäftigten Personen von 85 000 auf 200 000 Mann vorsehen, dann die Siedlung auf dem Lande und die Einbürgerung fördern und ferner mit Hilfe von Reichsbahn und Reichspost durch Neuaufträge die Wirtschaft beleben sollen. Hier kommt es in erster Linie auf die Erneuerung des Oberbaus der Reichsbahn an. Weiter sind Maßnahmen für Straßenbau usw. vorgesehen. Auch das sogenannte Abwrackprogramm, das

Scharfe Kampfanlage des „Angriff“

Berlin, 15. August. Eine gewisse Klärung über die inhaltliche Haltung der NSDAP. bringt die heutige Ausgabe des Berliner „Angriff“. Das Blatt wendet bemerkt, daß in der amtlichen Mitteilung über die entscheidende Unterredung Adolf Hitlers beim Reichspräsidenten die unrichtige Behauptung verbreitet werde, Hitler hätte die Unterredung der „vollen Staatsgewalt im gesamten Umfang“ gefordert. Demgegenüber müsse festgestellt werden, daß nicht die volle „Staatsgewalt“, sondern die volle politische „Staatsführung“ Gegenstand der nationalsozialistischen Forderungen gewesen sei. Die bereits angeführte parteiamtliche Erklärung der NSDAP. über diese nicht unwichtigen Schiefheiten in der Erklärung der Reichsregierung dürfte wohl, so heißt es wörtlich weiter, volle Klarheit über die Worte, die bei der Unterredung in Wirklichkeit gefallen sind, bringen. Der „Angriff“ überschreibt seinen Artikel „Ein unmöglicher Versuch: Diktator werden das Volk - Adelsclasse statt Volksregierung - Nationale Diktator“. Er beschränkt sich dann zunächst darüber, daß er ausgerechnet heute auf der ersten Seite eine Aufnahmenachricht bringen muß und daß er insofern auf der zweiten Seite zu den historischen Ereignissen vom Sonnabend Stellung nehmen muß. Dann wird unter anderem ausgeführt, die Begründung, mit der Hindenburg die Uebergabe der Regierungsgewalt an die Nationalsozialisten verweigert habe, sei gemäß richtig gemeint. Sie gehe aber an der wahren Lage der Dinge in völliger Verleugnung der Realitäten vollkommen vorbei.

Der weitand größte Volksbewegung, die es in Deutschland jemals gegeben habe, sei die Regierungsführung verweigert worden.

Dafür habe man sie einer kleinen Volkskremde und reaktionären Adelsclasse übertragen. Verantwortlich dafür sei nicht der alte Reichspräsident, sondern jene gewissenlosen Intriganten, die aus reinem parteipolitischen Neid die Regierungsgewalt durch den Nationalsozialismus und damit die nationale Uebergebung Deutschlands vorläufige haben. Die jüngsten Ereignisse hätten erneut gezeigt, daß die Uebergebung Deutschlands nur möglich sei, wenn mit dem reaktionären Diktatorresten restlos aufgeräumt werde. Im gleichen Blatt schreibt Goebbels, indem er erneut die Macht an Hitler fordert: „Die Situation ist gefährlich. Das Kabinett Papen ist auf sich selbst gestellt. Darüber aber soll kein Zweifel bestehen: Im Interesse bleiben wir nicht.“

Entweder gibt man uns die Macht, dann tragen wir die Verantwortung, oder man verweigert uns die Macht. Dann gehen wir in der Opposition und setzen.

Die Nationalsozialisten in schärfster Opposition

Es wird dann so sein, daß jene Regierung, die sich bei Beginn etwas vorzeitig mit dem schmähdenden Beiwort der „nationalen Konzentration“ ausstattete, auf den erbitterten Widerstand des gesamten nationalen Deutschland, das heute unter unserer Führung steht, stößt.“

Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP.

veröffentlicht in der „Nationalsozialistischen Korrespondenz“ unter der Ueberschrift „Hitlers Nein!“ grundsätzliche Betrachtungen, in denen es heißt: Hitlers Ablehnung der Vizekanzlerkandidatur unter der Herrschaft v. Papens war eine Tat! Diese Entscheidung des Führers ist dem nationalen Deutschland aus der Seele gesprochen. Der durchsichtige Versuch, die NSDAP. durch einen wohlüberlegten Schritt durch eine Belastung mit der Verantwortung ohne gleichzeitige Führungsmöglichkeit gewissermaßen auf faultem Wege zu erledigen, ist an dem klaren und weitblickenden Entschluss des Führers restlos gescheitert. Der Führer ist sich selbst, der Bewegung und dem Volke treu geblieben. Die Politik der Regierung von Papen, hinreichend gekennzeichnet durch die Vermitteln der Armen aus schwerer belastende und für die NSDAP. untragbare Notverordnungen, kann niemals die Politik der NSDAP. sein.

Eine Regierung, in der die NSDAP. nicht führt, sondern nur vertreten ist, wird niemals eine Wende des deutschen Schicksals herbeiführen können.

Eine nationalsozialistische Politik aber, die aufräumt mit dem ganzen verstaubten Plunder des bisherigen Systems und eine grundlegende Neuordnung der Dinge in Angriff nimmt, kann nicht von Leuten geführt werden, die die Zeichen der Zeit auch heute noch nicht verstanden haben; sondern nur von Nationalsozialisten. Das ist der Wille des deutschen Volkes, der bei den Wahlen seinen Ausdruck gefunden und dem nunmehr auch die Staatspolitik Rechnung zu tragen hat. Demgemäß hat Adolf Hitler die Führung der Reichsregierung gefordert. Von der alleinigen und ausschließlichen Uebernahme der Regierung ist seitens der NSDAP. nicht die Rede gewesen. Aber was über allem politischen Leben eine Selbstverständlichkeit ist, was man selbst dem Marxismus zubilligt, wird der NSDAP. unter den Lebensumständen Begründungen vorenthalten. Darauf konnte es für den Führer der NSDAP. nur eine Antwort geben, und zwar: Nein! Wie richtig Adolf Hitler gehandelt hat, wird die Zukunft zeigen.“

Zur Meldung eines Berliner Montagblattes, daß Adolf Hitler die SA. auf acht Tage verurteilt habe, wird von der Pressestelle der NSDAP. erklärt, im Braunen Haus sei nichts davon bekannt.

Die Nationalsozialisten in schärfster Opposition

15. 8.	13. 8.
130,0	130,0
137,0	134,0
44,0	44,0
8,0	8,0
28,0	28,0
83,0	83,0
20,0	20,0
34,0	34,0
24,8	24,8
18,0	18,0
18,0	18,0
1,5	1,5
120,0	120,0
1,75	1,75
34,0	34,0
9,0	9,0
47,0	47,0
80,0	80,0
12,0	12,0
80,0	80,0
24,75	24,75
13,0	13,0
126,0	126,0
181,0	181,0
23,0	23,0
13,5	13,5
82,0	82,0
65,0	65,0
5,0	5,0
24,0	24,0
17,0	17,0
28,0	28,0
55,0	55,0
95,0	95,0
107,0	107,0
23,5	23,5
22,0	22,0
72,0	72,0
18,0	18,0
18,0	18,0
18,0	18,0
75,0	75,0
18,0	18,0
47,0	47,0
128,0	128,0
107,0	107,0
50,5	50,5
24,0	24,0
70,0	70,0
15, 8.	13, 8.
32,0	32,0
86,0	86,0
82,5	82,5
28,0	28,0
15,0	15,0
21,15	21,15
18,75	18,75
10,1	10,1
32,0	32,0
86,0	86,0
82,5	82,5
28,0	28,0
15,0	15,0
21,15	21,15
18,75	18,75
10,1	10,1
32,0	32,0
86,0	86,0
82,5	82,5
28,0	28,0
15,0	15,0
21,15	21,15
18,75	18,75
10,1	10,1
32,0	32,0
86,0	86,0
82,5	82,5
28,0	28,0
15,0	15,0
21,15	21,15
18,75	18,75
10,1	10,1
32,0	32,0
86,0	86,0
82,5	82,5
28,0	28,0
15,0	15,0
21,15	21,15
18,75	18,75
10,1	10,1
32,0	32,0
86,0	86,0
82,5	82,5
28,0	28,0
15,0	15,0
21,15	21,15
18,75	18,75
10,1	10,1
32,0	32,0
86,0	86,0
82,5	82,5
28,0	28,0
15,0	15,0
21,15	21,15
18,75	18,75
10,1	10,1
32,0	32,0
86,0	86,0
82,5	82,5
28,0	28,0
15,0	15,0
21,15	21,15
18,75	18,75
10,1	10,1
32,0	32,0
86,0	86,0
82,5	82,5
28,0	28,0
15,0	15,0
21,15	21,15
18,75	18,75
10,1	10,1
32,0	32,0
86,0	86,0
82,5	82,5
28,0	28,0
15,0	15,0
21,15	21,15
18,75	18,75
10,1	10,1
32,0	32,0
86,0	86,0
82,5	82,5
28,0	28,0
15,0	15,0
21,15	21,15
18,75	18,75
10,1	10,1
32,0	32,0
86,0	86,0
82,5	82,5
28,0	28,0
15,0	15,0
21,15	21,15
18,75	18,75
10,1	10,1
32,0	32,0
86,0	86,0
82,5	82,5
28,0	28,0
15,0	15,0
21,15	21,15
18,75	18,75
10,1	10,1
32,0	32,0
86,0	86,0
82,5	82,5
28,0	28,0
15,0	15,0
21,15	21,15
18,75	18,75
10,1	10,1
32,0	32,0
86,0	86,0
82,5	82,5
28,0	28,0
15,0	15,0
21,15	21,15
18,75	18,75
10,1	10,1
32,0	32,0
86,0	86,0
82,5	82,5
28,0	28,0
15,0	15,0
21,15	21,15
18,75	18,75
10,1	10,1
32,0	32,0
86,0	86,0
82,5	82,5
28,0	28,0
15,0	15,0
21,15	21,15
18,75	18,75
10,1	10,1
32,0	32,0
86,0	86,0
82,5	82,5
28,0	28,0
15,0	15,0
21,15	21,15
18,75	18,75
10,1	10,1
32,0	32,0
86,0	86,0
82,5	82,5
28,0	28,0
15,0	15,0
21,15	21,15
18,75	18,75
10,1	10,1
32,0	32,0
86,0	86,0
82,5	82,5
28,0	28,0
15,0	15,0
21,15	21,15
18,75	18,75
10,1	10,1
32,0	32,0
86,0	86,0
82,5	82,5
28,0	28,0
15,0	15,0
21,15	21,15
18,75	18,75
10,1	10,1
32,0	32,0
86,0	86,0
82,5	82,5
28,0	28,0
15,0	15,0
21,15	21,15
18,75	18,75
10,1	10,1
32,0	32,0
86,0	86,0
82,5	82,5
28,0	28,0
15,0	15,0
21,15	21,15
18,75	18,75
10,1	10,1
32,0	32,0
86,0	86,0
82,5	82,5
28,0	28,0
15,0	15,0
21,15	21,15
18,75	18,75
10,1	10,1
32,0	32,0
86,0	86,0
82,5	82,5
28,0	28,0
15,0	15,0
21,15	21,15
18,75	18,75
10,1	10,1
32,0	32,0
86,0	86,0
82,5	82,5
28,0	28,0
15,0	15,0
21,15	21,15
18,75	18,75
10,1	10,1
32,0	32,0
86,0	86,0
82,5	82,5
28,0	28,0
15,0	15,0
21,15	21,15
18,75	18,75
10,1	10,1
32,0	32,0
86,0	86,0
82,5	82,5
28,0	28,0
15,0	15,0
21,15	21,15
18,75	18,75
10,1	10,1
32,0	32,0
86,0	86,0
82,5	82,5
28,0	28,0
15,0	15,0
21,15	21,15
18,75	18,75
10,1	10,1
32,0	32,0
86,0	86,0
82,5	82,5
28,0	28,0
15,0	15,0
21,15	21,15
18,75	18,75
10,1	10,1
32,0	32,0
86,0	86,0
82,5	82,5
28,0	28,0
15,0	15,0
21,15	21,15
18,75	18,75
10,1	10,1
32,0	32,0
86,0	86,0
82,5	82,5
28,0	28,0
15,0	15,0
21,15	21,15
18,75	18,75
10,1	10,1
32,0	32,0
86,0	86,0
82,5	82,5
28,0	28,0
15,0	15,0
21,15	21,15
18,75	18,75
10,1	10,1
32,0	32,0
86,0	86,0
82,5	82,5
28,0	28,0
15,0	15,0
21,15	21,15
18,75	18,75
10,1	10,1
32,0	32,0
86,0	86,0
82,5	82,5
28,0	28,0
15,0	15,0
21,15	21,15
18,75	18,75
10,1	10,1
32,0	32,0
86,0	86,0
82,5	82,5
28,0	28,0
15,0	15,0
21,15	21,15
18,75</	